

Setzt der Bund bald auf Veterinärlabore?

Mit der Corona-Testoffensive drohen Engpässe. Je mehr Kantone auf regelmässige Coronatests setzen, desto ausgelasteter sind die Labore. Ein Tierseuchenbekämpfer zeigt neue Wege auf, um höhere Volumina zu bewältigen.

Kari Kälin

BERN. Ob Maul- und Klauenseuche, afrikanische Schweinepest oder Blauzungkrankheit: Patrik Buholzer, studierter Biotechnologe, bekämpft Tierkrankheiten seit Langem – und hat viel Erfahrung im Umgang mit Seuchen.

Jetzt wartet der Co-Geschäftsführer von Sanoso, einer Beratungsfirma für das Management von Tierseuchen, mit einem überraschenden Vorschlag auf: Beim Kampf gegen die Coronapandemie sollen Bund und Kantone auf die Expertise der Tierseuchenbekämpfer zurückgreifen. Buholzer schlägt zum Beispiel vor, dass auch Veterinärlabore PCR-Tests durchführen. «Verglichen mit einem Humanlabor, sind sie sich hohe Probeaufkommen gewohnt», sagt Buholzer. Bund und Kantone sagen zwar, die Testkapazitäten reichten derzeit aus, auch für die erweiterte Strategie mit regelmässigen Massentests zum Beispiel an Altersheimen oder Schulen. Buholzer ist jedoch skeptisch – und bringt deshalb den Veterinärbereich ins Spiel. «Die Experten haben sehr viel Know-how mit Massentests bei Nutztieren.» Er denkt dabei auch an das sogenannte Pooling, das bei den neuen PCR-Coronaspeicheltests teilweise bereits angewendet wird. Dabei werden mehrere Proben zusammengefügt und in einem Durchgang getestet. Solange damit gerechnet werden kann, dass weniger als ein Prozent der Proben das Virus enthalten, sollen gemäss Vorgaben des Bundes pro Pool mehr als 10 Personen getestet werden.

Patrik Buholzer begrüsst die neue Strategie der Bundesbehörden: «Es braucht neue Wege, damit Infektionsketten frühzeitig unterbrochen werden können.» Der Bund übernimmt die Testkosten seit kurzem auch bei Personen ohne Coronasymptome, wenn bei einem lokalen Ausbruch die Bevölkerung flächendeckend durchgetestet wird. Das gleiche gilt, wenn an Orten mit hohem Infektionsrisiko – etwa Alters- und Pflegeheimen oder Schulen – präventiv Menschen ohne Krankheitssymptome getestet werden.

BAG warnt

Die Idee: Durch regelmässiges Testen sollen Personen eruiert werden, die bereits infiziert sind, aber noch keine Symptome spüren und das Virus deshalb weiterver-



Massentests sollen helfen, das Coronavirus einzudämmen.

BILD KEY

breiten. Der Bund geht davon aus, dass symptomfreie Personen mehr als die Hälfte aller Ansteckungen verursachen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wagt aufgrund der «sehr vielen Variablen» keine Schätzung, wie viele Tests unter dem neuen Regime durchgeführt werden. Die Kapazitäten würden dafür reichen, sie seien weit höher als derzeit ausgeschöpft, hält ein Sprecher fest. In einem Merkblatt spricht das BAG jedoch selber von «knappen Ressourcen» bei den Laboren.

Immer mehr Kantone kündigen flächendeckende und repetitive Tests in Altersheimen, Schulen, Verwaltungen und auch Betrieben mit viel Kundenkontakt an. Allein der Kanton Baselland will so bis im Juli wöchentlich 5000 Personen testen. Das entspricht rund einem Sechstel der Wohnbevölkerung. Rechnet man diesen Wert auf das ganze Land hoch, ergibt das pro Woche fast 1,5 Millionen und täglich etwas mehr als 200000 Tests. «Das ist nur mit Pooling möglich», sagt Buholzer. Derzeit können in

«Die Experten haben sehr viel Know-how mit Massentests bei Nutztieren.»

Patrik Buholzer
Biotechnologe

der Schweiz gemäss BAG rund 80 Labors Sars-Cov-2-Diagnostik durchführen. Auf Anfrage von CH-Media hat das BAG Angaben zur theoretisch verfügbaren Testkapazität gemacht. Demnach können mit den vorhandenen Ressourcen bei Personal und Infrastruktur täglich rund 46000 PCR-Tests durchgeführt werden. Das BAG rechnet zusätzlich mit 140000 Antigen-Schnelltests, weist aber darauf hin, dass die Kapazität schwer abschätzbar sei. Klar ist: Testen alle Kantone so intensiv wie Baselland, drohen die von Buholzer befürchteten Engpässe.

Bund interessiert an Vorschlägen

Zudem drängt sich ein Ausbau der PCR-Kapazitäten auf. PCR-Tests eignen sich viel besser als Antigen-Schnelltests, um die sogenannten asymptomatischen Personen zu identifizieren und die Infektionsketten frühzeitig zu unterbrechen. Denn der Antigen-Test fällt – vereinfacht gesagt – in der Regel erst dann positiv aus, wenn eine Per-

son bereits infektiös ist. Das BAG zeigt sich auf Anfrage offen für Buholzers Vorschlag. Es kann sich vorstellen, Veterinärlabore in die Pandemiebekämpfung miteinzubeziehen. Die Bewilligung zur Durchführung von PCR-Tests erteilt aber die Zulassungsbehörde Swissmedic.

Die grossflächige Testerei kostet zwar viel Geld. Der Massentest-Pionierkanton Graubünden aber ist wie Baselland überzeugt, dass sich die Investition lohnt, wenn dadurch nicht noch mehr Bereiche der Wirtschaft lahmgelegt werden und Lockdown-Massnahmen gelockert werden können. Regelmässige Screenings könnten ein Element sein, das Land aus dem Coronaschlamassel zu führen.

Spucktests als Alternative

Bei den Altersheimen etwa schlägt der Bund vor, alle fünf Tage Personal und Bewohner durchzutesten. Die Kantone begrüssen die Empfehlungen zum Testvolumen. Tobias Bär, Sprecher der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektoren, betont aber auch, dass die wiederholten Tests etwa bei Alters- und Pflegeheimen ohnehin schon knappe personelle Ressourcen binden. «Zudem müssen aufgrund der anspruchsvollen Handhabung der Tests mit Nasen-Rachen-Abstrich die Speicheltests in genügender Menge zur Verfügung stehen, damit die Strategie breit umsetzbar ist.» Die Speicheltests drängen sich auch aus einem anderen, simplen Grund auf: Tests mit Nasen-Rachen-Abstrichen sind unangenehm. Es ist fraglich, ob sich die Menschen regelmässig dafür gewinnen lassen. Einen PCR-Spucktest entwickelt hat zum Beispiel das Berner Start-up-Unternehmen Ender Diagnostics. Nach fünf Stunden anstatt der üblichen ein bis zwei Tage bei PCR-Tests liegt das Ergebnis vor. Der Flughafen Zürich setzt auf diese Lösung, verlangen doch zahlreiche Länder von Passagieren einen negativen PCR-Test als Voraussetzung für eine Einreise.

Auch die Start-up-Firma Ixoris aus Wil hat einen Test auf den Markt gebracht, bei dem die Speichelprobe den Rachenabstrich ersetzt. Die Firma bietet Beratungen im Umgang mit der Pandemie an und kümmert sich um die gesamte Logistik im Testprozess, von der Testabnahme bis zum Transport ins Labor. Kunden sind Kantone, aber auch Sportverbände und Firmen.

Calmy-Rey kritisiert Europapolitik

BERN. Die frühere SP-Bundesrätin Micheline Calmy-Rey sieht schwarz für das Rahmenabkommen mit der EU, sollte der Bundesrat nur Klärungen anstreben. «Das reicht nicht aus, um die Sozialpartner und das bürgerliche Lager zu einigen», sagte Calmy-Rey in einem Interview mit der NZZ. Sie hofft deshalb, dass der Bundesrat mehr aus den Verhandlungen herausholt. Sonst sei das Abkommen «chancenlos». Die Verhandlungen sollen jedoch nicht abgebrochen werden. Es brauche nun einen Konsens über das Verhandlungsmandat und Kompromisse. Dafür müsse der Bundesrat Führungsstärke zeigen. «Das tut er in diesem Dossier nicht», kritisierte Calmy-Rey weiter. «Ich hatte immer den Eindruck, dass der Bundesrat uneinig ist.» Zurzeit sei das Aussendepartement dabei, die Führungsrolle an Justizministerin Karin Keller-Sutter zu verlieren, warnt sie. «Sie scheint die einzige zu sein, die das Thema versteht und eine klare Meinung hat.»

Calmy-Rey liess überdies durchblicken, dass sie mit den aktuellen Entwicklungen im Aussendepartement unter Ignazio Cassis (FDP) wenig anfangen kann. «Wo bleibt die Kohärenz?», fragte sie. (gb)

SP-Frauen gegen Verhüllungsverbot

Klar gegen die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» positionieren sich die SP-Frauen. Sie sind sich einig, dass die Argumente der Befürworter nur ein Vorwand für eine antimuslimische Initiative sei. Die Frauenrechte hingegen seien den Befürwortern egal. Bundesrat und Parlament ebenfalls die Initiative aus dem rechten Lager abzulehnen.

BERN. Die SP-Frauen haben gestern ihre Abstimmungskampagne gegen die Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» lanciert. Sie kritisieren die Initianten dafür, unter dem Deckmantel der Gleichstellungspolitik vorzugehen wie etwa Lohnungleichheit oder häusliche Gewalt, sagte die Neuenburger Grossrätin Martine Docourt, Co-Präsidentin der SP-Frauen. Wer dagegen Ja sage zur Initiative, der befürworte eine «rassistische und sexistische Gesellschaft».

Dass die SVP und das Egerkinger Komitee versuchten, sich als Retter der Frau darzustellen, sei «ein Hohn», sagte die Berner SP-Nationalrätin Tamara Funicello, Co-Präsidentin der SP-Frauen, vor den Bundeshausmedien. «Es geht den Initianten nicht um Frauenrechte, sondern darum, antimuslimische Ressentiments zu schüren.»

Die SP-Frauen setzten sich seit je gegen Gewalt gegen Frauen, gegen das Patriarchat und für mehr Frauenrechte

ein, hielt Funicello fest. Der Staat habe aber nicht die Aufgabe, Kleidervorschriften in der Verfassung zu verankern. «Was eine Frau trägt oder nicht, das entscheidet eine Person selbst: die Frau.»

«Wahre Missstände bekämpfen»

Die SP Frauen hatten bereits vor drei Jahren einstimmig entschieden, die sogenannte Burka-Initiative abzulehnen. «Man kann nicht ein Übel mit einem anderen Übel bekämpfen», sagte Funicello.

Es brauche endlich genügend Ressourcen, um gegen die «wahren Missstände» in der Gleichstellungspolitik vorzugehen wie etwa Lohnungleichheit oder häusliche Gewalt, sagte die Neuenburger Grossrätin Martine Docourt, Co-Präsidentin der SP-Frauen. Wer dagegen Ja sage zur Initiative, der befürworte eine «rassistische und sexistische Gesellschaft».

Bewegungsfreiheit verletzt

Am 7. März stimmen Volk und Stände über die Initiative «Ja zum Verhüllungsverbot» (Burka-Verbot) ab. Diese verlangt, dass landesweit niemand sein Gesicht verhüllen darf. Das Verbot würde an allen Orten gelten, die öffentlich zugänglich sind – so zum Beispiel auf den Strassen, in Restaurants oder im Museum.

Die Initianten – ein Komitee von Parteilosen sowie SVP-, FDP-, JSVP- und EDU-Mitgliedern – argumentieren, dass jegliche Form der Vollverschleierung die Unterdrückung muslimischer Frauen symbolisiere. Ganzkörperschleier raubten Frauen jegliche Individualität und behinderten sie aufs Schwerste in ihrer Bewegungsfreiheit.

Befürworter haben Vorsprung

Bundesrat und Parlament empfehlen, das Volksbegehren abzulehnen. Sie argumentieren unter anderem damit, dass die Initiative ein Scheinproblem bewirtschaftete. Es gebe in der Schweiz keine Frauen, die Burkas und nur rund dreissig, die einen Niqab tragen.

Die Räte einigten sich jedoch auf einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative. Wer sich in der Schweiz vor Behörden oder im öffentlichen Verkehr identifizieren muss, soll demnach gesetzlich verpflichtet sein, das Gesicht zu zeigen. Damit soll eine Gesetzeslücke geschlossen werden.

Gegner überzeugen (noch) nicht

Die Argumente der Gegner der Initiative haben jedoch offensichtlich nicht oder noch nicht überzeugt. Wäre bereits Mitte Januar abge-

stimmt worden, wäre die Initiative für ein Verhüllungsverbot angenommen worden. Dies ergaben die ersten Abstimmungsumfragen von gfs.bern im Auftrag der SRG sowie von Tamedia. (sda)

Anzeige

Virtuell durchgeführt und kostenlos

Tumortage Winterthur

Wie wird Krebs heute behandelt?

Ein virtueller Kongress zu aktuellen Behandlungsmöglichkeiten

12./13. FEBRUAR 2021

für Patienten für Angehörige für Interessierte

Jetzt anmelden

www.tumortage.ch